

Abonnement-Preise:

Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzufendung:

Halbjährig 80 kr.
Wierteljährig 40 kr.

Für Deutschland:

Wierteljährig (unter Ruwert) 70 kr. = Mark 1.20.

Für das übrige Ausland:

Wierteljährig 58 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Stapelne Exemplare 6 Kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstags im Monat.

Haverfegelle Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Inserions-Gebühr:

Für Anzeigen von Parteigenossen:

5 kr.

Für Anzeigen von Privatpersonen:

10 kr.

die dreimal gespaltene Beitzelle oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an And. Grasse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redaktion, Administration und Expedition bezug-habenden Zusendungen an die Redaktion der „Zukunft“, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

Zur Wuchergesetzdebatte im Abgeordneten-hause.

Die liberalen Journale widerhallen seit geraumer Zeit von Klagegeschrei und Weherufen über die immer zunehmende Reaktion auf politischem und wirtschaftlichen Gebiete. Was nun die Reaktion in Oesterreich betrifft, so müssen wir offen bekennen, daß sie in politischer Hinsicht die größten Fortschritte gerade unter einem „liberalen“ Parteiministerium und unter einer „liberalen“ Parlamentsmajorität machte, und daß wir Arbeiter demzufolge gezwungen sind, anzunehmen, daß die politische Reaktion keineswegs mit dem Liberalismus, wie er in Oesterreich gang und gäbe ist, im Widerspruch, sondern vielmehr in innigem Zusammenhange steht; da der Liberalismus nur das politische Glaubensbekenntnis einer bestimmten Klassenherrschaft im Staate, und eine deraartige Klassenherrschaft gegenüber dem erstarkenden Selbstbewußtsein der unterdrückten Klassen nur durch Gewalt aufrecht zu erhalten ist, so gehört eben die politische Reaktion zum Handwerkszeug jedes „liberalen Staatsmannes“ und es ist pure Heuchelei, wenn eine liberale Journalistik, die Reaktion zum Monopol klerikaler und feudaler Regierungen machen will.

Was aber die angebliche wirtschaftliche Reaktion betrifft, so ist wol zu unterscheiden zwischen wirklich reaktionären Maßregeln und solchen, die nur vom Standpunkte des doktrinären Manchesterismus reaktionär genannt werden. Die Manchesterlehre, welche weil sie den im „liberalen“ Staate herrschenden Klassen am besten entspricht, ein Grunddogma des Liberalismus bildet, verkündigt bekanntlich die Nichteinmischung des Staates in die wirtschaftlichen Vorgänge, in die Produktion und in den Handelsverkehr als das Ideal staatlicher Fürsorge und sucht die Aufgaben des Staates auf den Schutz des „Eigentums“ und der Sicherheit des Lebens zu beschränken.

Die Zeit, in welcher die Manchesterlehre als ernste Wissenschaft verkündet wurde, ist längst vorüber; nur unwissende Journalisten, die von der Frage leben, und liberale Handlungsreisende und Advokaten wagen es noch, von den „beglückenden“ Folgen einer auf die Manchesterlehre gegründeten Gesellschafts- und Staatsordnung zu fabeln. Diese Leute nun sind es, welche sofort von Reaktion schreiben, wenn irgend eine Breche in das manchesterliche Staatswesen geschossen wird. Fabriksgehege, Haftpflicht, staatliche Arbeiterversicherung, Normierung der Arbeitszeit — Alles waren und sind noch jetzt in den Augen jener Herren reaktionäre Maßregeln, gegen die sie im Namen der „Freiheit“ perorieren, im Namen der Freiheit der Ausbeutung des Armen durch den Reichen, des Schwachen durch den Starken, des Rechtlosen durch den Bevorrechteten. Bei der wachsenden Erkenntnis der arbeitenden Klassen geraten diese Herren mit ihren Fragen immer mehr in's Gedränge und es wird immer klarer, daß diese Theorie nur der in ein System gebrachte Kapitalismus ist.

Auch gegenüber dem Wuchergesetz wird die Erscheinung bemerkbar, daß die Vertreter der Manchesterlehre, die Apostel des modernen Liberalismus im Interesse der angeblich gefährdeten Freiheit des Verkehrs alle Wuchergesetze verdammen, die doch nur den Zweck haben, der Ausbeutung Schranken zu setzen, den durch Arbeit erworbenen Besitz gegen die Spekulation zu schützen, der in den Not getretenen öffentlichen Moral wenigstens teilweise wieder Anerkennung zu verschaffen. Länder, die sonst ganz dem Kapitalismus verfallen sind, haben sich gezwungen gesehen, dem Geldwucher gesetzliche Schranken zu setzen, wie z. B. Frankreich, wo der Zinsfuß gesetzlich fixiert ist und Strafbestimmungen gegen den Wucher bestehen; bei uns aber besitzen sogar sogenannte „Gelehrte“ den Mut, vom Reichstrate aus diejenigen,

welche strenge Strafen gegen den Wucher verlangen, als Unwissende und Hyster zu denunzieren, wie es der Prager Professor der Nationalökonomie und deutschliberale Abgeordnete Dr. Sag in der Debatte über das Wuchergesetz getan hat.

Dem gegenüber halten wir es für angezeigt, die Rede nachzutragen, welche der Abgeordnete Schöffel am 18. Jänner in der Wuchergesetzdebatte gehalten hat und welche in überzeugender Weise den Nachweis liefert, daß die bisher bestehende Wuchersfreiheit Tausende von ehrlichen Existenzen an den Bettelstab gebracht hat. Die Rede lautet:

Bei Beratung eines Gesetzes wie das vorliegende, erscheint es mir angezeigt, einen Streifblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen wir leben und aus welchen sich mit Notwendigkeit das vorliegende Gesetz herauskristallisiert hat, zu werfen.

Die obersten Zehntausend, die Bankiers und die „Alles für Geld-Menschen“ übergehe ich, denn ihr Wohlbefinden läßt, wie ich versichern kann, nichts zu wünschen übrig. Anders verhält es sich jedoch mit dem eigentlichen Nährstande, mit dem Gewerbe, Bauern- und Arbeiterstand. Was den Gewerbebestand anbelangt, so ist es, ohne daß diesbezüglich eine polizeiliche Verlautbarung erfolgt wäre, lattam bekannt, daß der einzige goldene Boden des Handels abhanden gekommen ist. Der kleine und mittlere Gewerbebestand liegt nicht daneben, wie die ausgegebene Parole lautet, er besteht eigentlich gar nicht mehr; denn der gesunde strebsame Gewerbebestand, welcher einen mächtigen Stützpunkt, itena folgender Bürger umfaßt, die einen Stolz darin setzen, eine tüchtige, gediegene Arbeit zu liefern, ist verschwunden, ist zu Grunde gerichtet und an seine Stelle ist der Händler mit gewerblichen Erzeugnissen getreten. Die einstigen Gewerbetreibenden, die einstigen Meister sind, um ihre Vermögen betrogen, beschwänzelt, bewuchert, von bemittelten Bürgern zu einfachen Stückarbeitern dieser Fronten herabgeschunken, die ihnen nicht nur kaum den zum Fristen ihres nordürigen Lebens nötigen Lohn zu kommen lassen, sondern sie noch überdies häufig mit Hilfe unierer ganz unqualifizierbaren Konkursordnung um diesen fargen Lohn betrogen. Von einem Gewerbebestand als Stand kann überhaupt keine Rede sein, da jeder Stand eine gewisse Exklusivität besitzt. So zum Beispiel darf nicht jeder Mann Parteien vor Gericht vertreten, Krante behandeln u. s. w. Gewerbe kann aber jeder betreiben, der ein solches anmeldet und die vorgeschriebene Steuer zahlt. Der ehrlche Verdienst ist zur Wechelsache, der betrügerische Bankrott zur Hauptfache geworden, welcher auf Kosten der wirtlichen und ehrlichen Gewerbetätigkeit den Erfolg für den geschwundenen Handelsgewinn bieten muß.

Ahnlich und noch viel schlechter ist es mit dem kleinen Grundbesitzer, mit dem Bauer bestellt. Ein großer Teil unieres einst so beabängigen bauerntandes ist teils in Folge der Wucherei und Wuchersfreiheit, welche ihn der unglücklichsten und raffiniertesten Ausbeutung preisgab, teils in Folge der enormen Steuern, Landes-, Bezirks-, Schul-, Gemeindeumlagen, um Haus und Hof gefonnen und zum Proletariat geworden, der Rest aber erwarret mit Angst und Bangen die Stunde, die nicht ausbleiben wird, wo ihn der Wucherer und der Steuerrevisor auf die Strahe setzen. Wenn nicht schleunigst energische Maßregeln zum Schutze und zum Zweck der Erhaltung eines selbstständigen Bauernstandes getroffen und die Steuern und Gebühreiten, die auf Grund und Boden lasten und die derselbe absolut nicht abwerfen kann, entsprechend vermindert werden, so kann man, ohne Frosch zu sein, mit Bestimmtheit vorherlagan, daß es selbst in den unrdentlichen Ländern der Monarchie in kurzer Zeit keinen selbstständigen Bauer mehr, sondern nur noch Pächter, wie in Irland, geben wird.

Von dem Los des Arbeiterstandes will ich gar nicht reden; daß es aber der so sehr gewirkerten Humanität des Jahrhunderts, die für jeden Galgenstrich eine Mitleidsstrane, für jede Schwerelei eine triviale Entschuldigung, ja für jedes Borsestuech ein Chabriet bereit hat, nicht entspricht, daß Millionen Menschen im Schweiß ihres Angesichts arbeiten und die Zeit ihres Lebens mit Not und Elend lamfchen müssen, um einigen Tausend zu enormen Reichumern und zu dem raffiniertesten Luxus zu verhelfen und dafür im Alter und im Falle der Gebrechlichkeit der Gemeinde zur Versorgung zugeworfen und auf den Schub gelegt zu werden, dem wird wol Niemand widersprechen.

Das ist in allgemeinen Umrissen das Bild unserer wirtschaftlichen sozialen Verhältnisse. Man will von dem allgemeinen Elend nichts wissen, denn sonst könnte man nicht Jahr für Jahr die Staatsausgaben erhöhen und neue erhöhte Anforderungen an das bis auf den letzten Tropfen ausgekaugte Volk stellen. Man will von dem allgemeinen Elend nichts wissen und versucht es, wie es die Gesellschaft in Frankreich vor hundert Jahren getan, durch fortwährende Jubel- und Volksfeste, Um- und Aufzüge das Elend zu verhüllen. Doch das Bemühen, diese traurige Tatsache zu verkleinern, ist vergebens. Die Verheißungen, die dem Volke auf ein Besserwerden gemacht werden, sind leerer Schall und gleichbedeutend mit einer Anweisung auf den Himmel. Für den Mittelstand gibt es keine frohe Zukunft mehr; denn das in wenigen Händen befindliche Grobkapital wird und muß schon vermöge Attraktionskraft die kleinen Kapitalien aufsaugen. Dann aber bricht mit der Sicherheit und Punktlchkeit, mit der sich ein Naturgesetz vollzieht, die Katastrophe, die ihre Schatten bereits vorausgeworfen hat, aber die heutige Gesellschaft herein und keine gesprochen und keine gedruckte Fraese, keine Arnee, am allerwenigsten eine auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht basierende, wird dieselbe aufzuhalten im Stande sein.

Was ist nun bis jetzt geschehen, um die soziale Krankheit, an der wir leiden, zu heilen und deren Weiterverbreitung zu hindern? Nichts. Man sucht sie zu ignorieren, wie man die antimiasmische Bewegung anfangs zu ignorieren und todschweigenig verwindete. Man sucht die zu Tage tretenden Krankheitserscheinungen durch kleine polizeiliche Maßregeln, die ich genau kenne, weil ich sie selbst anwenden muß, zu unterdrücken. Man wirft einen Altarschutz in den unter der Asche glimmenden Brand und glaubt damit etwas getan zu haben.

So hat man, um auf den Gegenstand der heutigen Beratung zu kommen, dem Betrug und dem Wucher, dessen wirt-

tschaftliche und soziale Verheerungen man mit der Hand greifen kann, nicht nur die Zügel schießen lassen, sondern man hat sie förmlich begünstigt; denn wir leben dieses eble Zwillingspaar, mit Tugend und Auszeichnungen bedeckt, sich in der Gesellschaft breit machen. Wie hoch v r ötz der Wucher sein Haupt zu tragen sich berechtigt wähnt, wie nötig ihm der Erfolg gemacht hat, beweist eine Nummer des „Neubornen Israeliten“ vom Jahre 1878, in der wörtlich zu lesen ist:

„Binnen zwei Dezennien wird der Ackerbau Galiziens zum großen Teil sich in den Händen der Juden befinden. Auch hierin sehen wir das Walten der Verletzung mit dem beständigen Schutz für unser so viel blühendes jüdisches Volk.“

Um das in die Welt hinauszutragen, dazu gehört wol die Naivetät eines Ortoporen, aber es ist wahrhaftig, was es scheint diese herrliche Aussicht den geordneten Galiziens vorgeschwebt zu haben, als sie gleichsam zur Dezennalfier der Aufhebung der Wuchergesetze die Wiederehrung derselben verlangten. Dieses Gesetz würde nur für Galizien und die Bukowina erlassen, denn man wollte nicht auf einmal dem Wucherer allen Boden entziehen, man mußte Rücksicht nehmen. Warum? Volk und Regierung sind dem Wucherer triuär — daher die sarten Rücksichten, die man diesem Schesul gegenüber beobachtet. Endlich liegt uns ein Gesetzentwurf über den Gegenstand vor!

Nun könnte man allerdings einwenden, warum nicht zur Zeit, als das Wuchergesetz für Galizien beschlossen ward, dasselbe gleichzeitig auch auf die anderen Provinzen ausgebeht wurde; aber der jeweiligen Majorität des Hauses geht es so wie dem Auerhahn, wenn er balzt d. h. sie vergesse, von den Sirenenklängen der Regierung angeleitet, Alles, was man sie vorgeht. (Heiterkeit links.) Es hat nicht genügt, daß die Wucherer in Stadt und Land 2-5 Prozent per mense nehmen, daß man in Niederösterreich 54-60 Prozent des gesamten Realbesses mit Hypotek belastete und daß diese Hypoteken nicht etwa den Schuldnern, sondern den Darlehensgebern und Agenten in die Tasche gefallen sind. Es hat nicht der Nachweis genügt, daß viele Hunderte von Familien ausschließlich vom Wucherer in der unigigsten Weise leben; daß der Wucherer unter den Beamten und Offizieren in der entsehrlichsten Weise auftraume; daß alljährlich eine Anzahl von Menschen aller Stände, sogar Generale und hohe Staatsbeamte, vom Wucherer gedrängt, zum Selbstmord greift. Angesichts dieser Thatachen habe ich Redner dem Glauben hingegeben, daß das Abgeordnetenhaus ein Wuchergesetz so rasch als möglich beschließen werde.

Aber man mußte, fährt Redner fort, zuerst das Volk mit der Krüppelsteuer beglücken; man mußte den Kriegstand von 800,000 Mann für zehn Jahre unter Dach bringen, obgleich kein Hannibal und Hadjchi Boja vor den Toren stand; man mußte eine ganze Steuerrevisoren beraten, die Majorität sich sichern und die Bauern von Interorösterreich, welche die gewohnartigen Steuern nicht zu erdwindigen vermögen, mit der Aussicht auf Steuererhöhungen erzenen und sie auf diese Weise dafür büßen lassen, daß man 25 Millionen für ein Grundsteuerlaborat hinanswarf, das keine Grobchen wert ist, weil es voll Feller ist — das Alles konnte früher geschehen; das Volk, das sich unter den Krallen des Wuchers windet, konnte warten. Heute, nachdem bereits drei Jahre seit der Erlassung des galizischen Wuchergesetzes verlossen sind, geht wir endlich in die Beratung eines solchen Gesetzes ein.

Was nun den vorliegenden Ausschukkantrag anbelangt, so trete ich für diesen Antrag ein, weil ich das Zustandekommen eines Wuchergesetzes nicht verzögert sehen will, da durch das Zustandekommen eines solchen Gesetzes dem Volke wenigstens der Glaube benommen wird, daß jede Infamie, jede Niedertracht, daß das silematifche Spekultiren gestattet ist. Ich trete dafür ein, weil ich glaube, daß es sich weniger darum handelt, ob eine Maximal-Zinssare bestehen soll oder nicht, weniger darum, ob Herr Stremanz und Vater Greuter Recht behalt, sondern darum, daß der Wucherer gebändmarkt werde. Ich trete dafür ein, weil ich hoffe und überzuegt bin, daß diesem Geize eine Reihe anderer Geize zum Schutze der redlichen arbeitenden Menschheit gegen das überhandnehmende Parassitentum folgen werden und folgen müssen, wie zum Beispiel die Aufhebung der allgemeinen Wechselfähigkeit, die Organiazion des Gewerbebandes und der gewerblichen Tätigkeit auf einer soliden Basis, wobei ich bemerke, daß die dem hohen Hause von der Regierung vorgelegte Gewerbeordnung dieses Ziel nicht anstrebt und den Wünschen und Bedürfnissen des Gewerbebandes nicht entspricht, da an demselben, wie ein Wochenblatt richtig bemerkte, eigentlich nichts Neues ist als das Papier und jene Bestimmungen, die als neue in diese Gewerbeordnung aufgenommen wurden, in Teufelchland aber ausgemerzt werden, weil sie sich als Herd der sozialistischen Propaganda erwiesen haben; ferner die Unverantwortlichkeit des zur Erziehung einer Familie notwendigen Grundes und Bodens und der zum Bebauen dieses Bodens notwendigen Werkzeuge und Gerätschaften; denn sogar die Regierung durch Vorlage eines eigenen Gesetzes für ein erklusivistisches Existenzminimum bei den Beamten, was ich vollkommen billige, so kann dasselbe für den Bauer und den Gewerbsmann geschehen. Gleiches Recht für Alle!

Ferner gehört hieber die Sicherstellung des Arbeiters für den Fall der ohne sein Verschulden eintretenden Erwerbs- und Arbeitsunfähigkeit durch Schaffung einer staatlichen Unfallversicherung; endlich Einführung eines strammen Rechtsschutzes, welcher dem Schutken die Möglichkeit beirimmt, die persönliche Freiheit auf Kosten seiner Mitbürger für sein Interesse auszunügen und Schaffung einer billigen Rechtspflege, so daß auch dem Minderbemittelten die Möglichkeit geboten wird, den Rechtsweg zu betreten, ohne daß er auf diesem Wege Gefahr läuft, ins Armenhaus zu geraten, was heute bemache immer der Fall ist.

Ich weiß, man wird diese Postulate als arg reaktionäre verschreien. Nun meinestwegen, man mag das nennen wie man will, und darüber schreiben und denken, so viel man will, ich kümmere mich nicht darum, ich bin gegen dekein Angriff unempänglich geworden. Ich gebe sogar zu, es ist eine Art von Reaktion, aber nicht eine Reaktion mit der Bisschöpfmühle und dem Skorpionsstoch, wie man sie gewöhnlich darstellt, sondern es ist eine Reaktion gegen Verzuwörung und Verarmung, gegen Kummer und Not, gegen Hunger und Elend!

Ich weiß, man wird aus dem von mir Gesagten eine Feindseligkeit gegen das Judentum herauszufinden, und doch ist es nichts Anderes als der Ausdruck der Notwehr gegen die tanjendfältigen Saug- und Fangarme des Wuchers; nichts Anderes, als daß

Aufbäumen unseres angeborenen moralischen Gefühls gegen das internationale Piraterium, welchen Stammes und welchen Glaubens es auch sein mag, das die Völker systematisch auslaugt, das die moralische Grundlage der Gesellschaft unterwühlt, das die Freiheit läßt und uns durch die Pforte dieser gefälschten, dieser falschen Freiheit in die verächtlichste Sklaverei, in die Sklaverei des Geldes führt — es ist der Ausdruck der Verbannung des modernen Lebenszweckes, nämlich der Erlangung von Reichtum um jeden Preis, mit jedem Mittel, ob erlaubt oder unerlaubt, ob dabei der Humanität, dem Vernunftrechte Rechnung getragen wird oder nicht, welcher dahin führen muß, daß die immer mehr zunehmende Verarmung der großen Masse des Volkes sich bis zur Unerträglichkeit steigert, und schließlich die blutigsten Kämpfe um den Besitz und die Vernichtung aller staatlichen Ordnung heraufbeschwört.

Und Sie, meine Herren, welcher Parteischattierung, welcher Nationalität und welchem Glauben Sie auch angehören, Sie werden zu dieser Art Reaktion greifen müssen, wenn Sie nicht von der sozialen Flut, deren Kommen nur der wirklich oder abstrichlich Blinde nicht sieht, nicht hinweggeschwemmt werden wollen. Sie werden zu diesen Mitteln greifen, Sie werden die moralischen Grundlagen der Gesellschaft herstellen und die wirtschaftlichen und sozialen Auswüchse mit aller Rücksichtslosigkeit beseitigen müssen, wenn Sie nicht wollen, daß die täglich lammenartig anschwellende Masse der Enterbten und Verpöbelten unter der so sehr mißbrauchten Devise „Kampf ums Dasein“ ihre Bataillone jagen, den ihr aufgedungenen Kampf ums Dasein aufnehmen und dann der durch und durch korrupten Gesellschaft das „vae victis“ in die Ohren brüllen soll.

Da nun durch das vorliegende Gesetz einer der giftigsten sozialen und wirtschaftlichen Auswüchse, wenn auch nicht beseitigt, so doch unterbunden wird, so werde ich für dasselbe stimmen. (Beifall.)

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. Am 24. Jänner hielt der Gewerbeausschuß eine Sitzung zur Vorberatung der neuen Gewerbeordnung. Abg. Löblich war als Experte zur Sitzung eingeladen worden, um anzugeben, wie er sich eine Enquete über die neue Gewerbeordnung vorstelle, da er früher im Abgeordnetenhaus eine solche vorgeschlagen hatte. Herr Löblich hielt hierauf eine längere Auseinandersetzung, die den „Demokraten“ als einen wirtschaftlichen Reakzionär von reinstem Wasser erscheinen ließ. Er bekannte sich als entschiedenen Anhänger der Zwangsgenossenschaften, ist aber merkwürdigerweise ein ebenso entschiedener Gegner der von der Regierung vorgeschlagenen Zwangsgenossenschaften und zwar — man höre und staune, weil in denselben die Arbeitgeber und Arbeiter gleichberechtigt sind. Und dabei will Herr Löblich noch Demokrat sein! Die Arbeiter Oesterreichs haben sich unzählige Male, leider vergebens, gegen alle Zwangsgenossenschaften ausgesprochen, aber wenn solche dennoch gesetzlich eingeführt würden, so ist doch soviel klar, daß die Arbeiter darauf bestehen müssen, daß sie in denselben mit den Arbeitgebern gleiche Rechte haben. Der Demokrat Löblich will nun auch das noch verhindern. Dabei befindet er sich mit den „liberalen“ und konservativen Gewerbetreibenden in rührender Uebereinstimmung, denn überall sprechen sich dieselben von ihrem einseitigen Klassenstandpunkte gegen die Gleichberechtigung in den Genossenschaften und gegen die Gewerbeinspektoren aus. Die Arbeiter werden gut tun, sich das zu merken, um nicht mehr falsche Hoffnungen auf die platonische Demokratie der Gewerbetreibenden zu setzen. Sobald die Herren in ihrem materiellen Interesse berührt werden, hören sie sofort auf, „Demokraten“ zu sein und suchen die ärgsten Reakzionäre noch zu überbieten. In derselben Sitzung des Gewerbeausschusses erklärte Löblich, die Gleichberechtigung der Arbeiter in den Genossenschaften würde eine Revolution im Gewerbebestande hervorbringen und da sei den Gewerbetreibenden die jetzige Gewerbeordnung noch lieber als die neue. Natürlich verlangte Löblich auch Einschränkung der Gewerbefreiheit, indem zum Antritt eines handwerksmäßigen Gewerbes ein Befähigungsnachweis verlangt werde; bei Verleihung von Gewerben, die Konsumartikel erzeugen und keine Exportgeschäfte sind, solle auf den örtlichen Bedarf Rücksicht genommen werden. Da beschlossen wurde, daß Herr Löblich auch fernerhin als Experte zu den Sitzungen des Gewerbeausschusses eingeladen werde, so haben wir Aussicht, noch weitere Äußerungen dieses sonderbaren Demokraten zu vernehmen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Jänner beantwortete Graf Taaffe die Interpellation des Grafen Hohenwart über die Mittel, welche die Regierung gegen die zunehmende Verarmung des Bauernstandes zu ergreifen gedenke. Der Ministerpräsident gab zu, daß die Lage des Bauernstandes immer schlechter werde und bezeichnete als Ursache die Freitheilbarkeit von Grund und Boden, die Wucherfreiheit, den Mangel an Kreditinstituten für die Landbevölkerung, den Mangel an fachlicher Ausbildung und die hohen Gebühren bei Besitzübertragungen. Er kündigte gleichzeitig Vorlagen, betreffend die Herabminderung der Gebühren bei Besitzänderungen, betreffend Durchführung gerinwertiger Verlassenschaften mit geringen Kosten, betreffend die Beteiligung der Staatsverwaltung an Verbesserung und Kultivierung des Bodens, wobei auf die Mitwirkung der Landtage gerechnet wird — an; die Regierung werde dem Eisenbahntransport ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, damit der Transport der landwirtschaftlichen Produkte billiger würde. Die Regierung erwäge auch, wie es möglich sei, die gegenwärtige hohe Verzinsung der Hypothekenschulden in eine minder drückende umzuwandeln und ob der Staat durch Gebührennachsicht nicht ähnliche Operationen fördern könne.

Es ist wol außer Zweifel, daß zwar die vom Grafen Taaffe vorgeschlagenen Maßregeln in manchen Fällen eine Verzögerung der Katastrophe, im Allgemeinen aber nicht die Rettung des Bauernstandes herbeiführen werden, da die Notlage des letzteren zum großen Teil auf die zurückgebliebene Produktionsweise gegenüber der wachsenden Konkurrenz Amerikas zurückzuführen ist. Es ist als eine unvermeidliche Konsequenz hinzunehmen, daß

unser Kleingrundbesitz der überlegenen Konkurrenz des durch alle technischen Hilfsmittel ausgerüsteten landwirtschaftlichen Großbetriebes erliegt, an dieser Konsequenz vermögen alle Palliativmittel der Gesetzgebung nichts zu ändern. Dazu kommt noch, den Lebenskampf unserer Landwirtschaft zu beschleunigen, die im Vergleiche zu Nordamerika und Australien ungeheure Höhe der auf dem Grundbesitze lastenden Abgaben, die ohne radikale Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse nicht bedeutend ermäßigt werden können. Wer nicht an die beiden Grundpfeiler unseres sozialen und staatlichen Gebäudes — den Kleingrundbesitz und den Militarismus — rührt, wird nur Pflusarbeit zu Stande bringen. Freilich muß man, um die notwendige Reorganisation von Gesellschaft und Staat mit Erfolg durchführen zu können auf den „Ruhm“ eines „konservativen“ Politikers verzichten und die fruchtlosen Bemühungen einstellen, Einrichtungen zu konservieren, die für die Dauer unhaltbar sind und deren Fortbestand die Existenz der Gesellschaft selbst gefährden würde.

Am 26. Jänner hielt der Zeitungsstempel-Ausschuß eine Sitzung ab, in welcher der Vertreter der Regierung erklärte, daß die letztere nichts gegen die Abschaffung des Zeitungsstempels einzuwenden habe, wenn ihr die dadurch entgehende Einnahme anderweitig ersetzt würde. Auf die Einnahme selbst aber könne sie nicht verzichten. Aus dem Berichte des Regierungsvertreters entnehmen wir, daß der Ertrag des Kalendersstempels von 106.000 fl. im Jahre 1869 auf 135.000 fl. im Jahre 1879, der Ertrag des Zeitungsstempels von 680.000 fl. im Jahre 1869 auf 864.000 fl. im Jahre 1879 stieg. Auf die Anfrage eines Ausschussmitgliedes, ob die Regierung geneigt sei, die Bevorzugung gewisser offizieller Blätter, wie des „Prager Abendblatt“, die „Praktische Dzienik“, die vom Zeitungsstempel und Postporto befreit sind, aufzuheben, gab der Regierungsvertreter keine Antwort. Dr. Fandrlk sprach sich für Monopolisierung des Inseratenwesens aus und glaubt auf diesem Wege die durch die Aufhebung des Zeitungsstempels dem Fiskus entgehende Einnahme ersetzen zu können. Derselbe wurde zum Referenten gewählt, nachdem er erklärt hatte, daß er sich diesbezüglich mit der Regierung ins Einvernehmen setzen werde. Es wurde jedoch ausdrücklich beschlossen, dem Referenten für seinen Bericht keinen Termin zu setzen. Wir werden also noch viel Geduld haben müssen.

Zur Bauernbewegung ist zu berichten, daß die Statuten des oberösterreichischen Bauernvereines wegen Unklarheit einzelner Paragraphen zurückgewiesen wurden, daß aber Graf Taaffe den Vertretern des Gründungskomitees die Versicherung gegeben hat, daß nach Beseitigung jener Unklarheiten die Genehmigung der Statuten sofort erfolgen werde.

In Korneuburg fand am 6. Februar eine Versammlung von 400 Bürgermeistern und Gemeindevorständen der Gerichtsbezirke Stockerau, Wolkersdorf und Korneuburg statt, es wurde eine Resolution betreffend die Grundsteuerregulierung, die direkten Wahlen auf dem Lande und die Herabhebung der Legislationsdauer des Reichsrates und der Landtage von sechs auf drei Jahre und betreffend die Gründung eines niederösterreichischen Bauernvereines angenommen. Zur Ueberreichung der in eine Adresse zusammengefügten Forderungen an den Kaiser und an den Ministerpräsidenten wurde eine Deputazione gewählt. Ebenso wurde ein Komitee zur Gründung eines niederösterreichischen Bauernvereines und zur Einberufung eines niederösterreichischen Bauerntages gewählt.

Eine für den 6. Februar nach Brunn a. Wild einberufene Bauernversammlung, in welcher Ritter von Schönerer über die Grundsteuerregulierung sprechen sollte, wurde von der Bezirkshauptmannschaft Horn verboten.

Schon heute, da die offiziellen Daten der Volkszählung noch nicht vorliegen, sind Resultate bekannt, die ein großes Licht auf die materiellen Zustände in Oesterreich-Ungarn werfen. In Ungarn hat die Volkszählung ergeben, daß die meisten Komitate an Bevölkerungszahl zurückgegangen sind. So hat im Hermannstädter Komitat die Zahl der Einwohner seit 1870 um 5726, mehr als 5 Prozent, im Temeser Komitat um mindestens 18.000, im Klausenburger Komitat um 9282 abgenommen.

Am 23. Jänner fand in Budapest der Parteitag der äußersten Linken statt; der Kampf gegen die Regierungspartei und die Unabhängigkeit des Landes wurde als das gemeinsame Programm proklamiert. Das Gleiche, daß durch das gegenwärtige Regierungssystem verursacht wurde, bezeichnete Karl Cötvös als den besten Bundesgenossen der Opposition; sicher werde ein Tag kommen, an dem sich die Nation erheben werde, um wenn möglich gütlich, wenn nötig, mit Gewalt dieser Regierung sich vom Hals zu schaffen.

Viktor Dave und die in Frankfurt a. M., Darmstadt und Pforzheim verhafteten Sozialisten, 23 an der Zahl, sind auf Anordnung des Reichsgerichtspräsidenten nach Berlin esortiert worden, wo die Untersuchung wegen Hochverrat durchgeführt wird. — Aus Astora wurden abermals drei Sozialisten ausgewiesen. Dort sind verschiedene Familien der Ausgewiesenen in Folge des strengen Winters in solche Not geraten, daß sie sich um Unterstützung an die städtische Armenbehörde gewendet haben. Die liberalen Organe Deutschlands bringen diese Nachricht, ohne auch nur die geringste Bemerkung darüber für notwendig zu finden. Wehe ihnen, wenn einmal die Empörung der Massen sich Luft macht.

Ein humoristischer Beleg für die Handhabung des Sozialistengesetzes ist folgende Tatsache. Ein vierzehn-

jähriger Junge in Berlin wurde, weil er sich zum Soldatenspielen einen alten Offiziersjabel gekauft hatte, wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof hob in seinem Urteile hervor, daß der Junge, der Sohn eines Arbeiters ist, hätte wissen müssen, daß nach dem Sozialistengesetz der Besitz von Waffen verboten ist.

Die Regierungssozialisten Finck und Körner haben in Berlin einen „sozialen Arbeiterverein“ zum Gimpelfang gegründet, haben aber in einer am 26. Jänner abgehaltenen Versammlung jämmerliches Fiasko gemacht. Höchstens 50 Personen hatten sich eingefunden, von denen die Mehrzahl Sozialisten waren, die den beiden Abtrünnigen ihre Sünden vorhielten.

Der Reichsratsabgeordnete Frißsche und der aus Berlin ausgewiesene ehemalige Kammergerichts-Referendar Biered sind nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgereist, um die dortigen Arbeiterverhältnisse zu studieren. (?)

Dem preussischen Volkswirtschaftsrat, der bekanntlich von Bismarck gegründet wurde, um ihn als Sündenbock für seine eigenen wirtschaftlichen Mißgriffe benützen zu können, wurde ein Innungsgesetz zur Begutachtung vorgelegt; nach diesem Gesetze sollen die Innungen nicht obligatorisch sein und u. A. den Zweck haben, Lehrlingschulen zu errichten, Gesellen- und Meisterprüfungen zu veranstalten, gemeinsamen Geschäftsbetrieb zu ermöglichen, Kranken- und Unterstützungskassen und Schiedsgerichte zu errichten. — Bei einer Soirée des deutschen Reichskanzlers am 1. Februar, an welcher auch Mitglieder des Volkswirtschaftsrates teilnahmen, präsidierte ein Schriftführer, Namens Gebhardt, Mitglied des Volkswirtschaftsrates, den Tag, an dem der Arbeiter über sein Interesse direkt mit dem Kanzler verhandeln dürfe; Fürst Bismarck ermächtete Arbeitgeber und Arbeiter, daß sie Bürger desselben Staates seien und Fremden gegenüber gleiches Interesse hätten. Welche Komödie!

General Graf Moltke hat in einem Briefe an den bekannten Nationalliberalen, Professor Bluntschli, seine Ansichten über den Krieg zum Besten gegeben. Die Liberalen sind von der Offenherzigkeit des „großen Schweigers“ sehr unangenehm berührt, da ihr Moltkekultus dadurch Schiffbruch leidet. Moltke hat auf die Zusendung eines Buches über die „Gesetze für den Krieg zu Lande“ seitens des „Instituts für Völkerrecht“ an den Vizepräsidenten des Völkerrechts, der gegenwärtig Professor Bluntschli ist, geschrieben, in welchem Schreiben folgende Stellen vorkommen: „Der ewige Frieden ist ein Traum und zwar nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist ein Element der von Gott eingelegten Ordnung; die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich daselbst: der Mut und die Enttäuung, die treue Pflichtenfüllung und der Geist der Aufopferung. Der Soldat gibt sein Leben hin. Ohne den Krieg würde die Welt in Fäulnis geraten und sich im Materialismus verlieren.“ Der größte deutsche Denker Immanuel Kant, der einen großen Teil seines Lebens der Aufgabe widmete, zu untersuchen, durch welche Mittel der ewige Frieden hergestellt werden könnte, war also nur ein Träumer — und was er für ein um jeden Preis erstrebenswertes Ideal hielt, ist nicht einmal ein schöner Traum.“ Das ist die Philosophie eines Moltke und setzen wir hinzu — der Staatsmänner unserer Zeit; wohin diese Lehre aber führen wird, das werden die Herren einmal mit Schrecken erfahren. — In Dresden sollte am 1. Februar in einer Versammlung des dortigen „Reformvereines“ der bekannte Judenthümer Henrici aus Berlin sprechen; die Sozialisten aber erschienen etwa 1000 Mann stark in der Versammlung und sprengten dieselbe. — Am 26. Jänner starb in Wiesbaden die Gräfin Sophie von Hahfeld, die langjährige Freundin Lassalle's.

Die demokratische Partei hielt am 23. Jänner in Rom eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher die Republikaner Castellani und Cavallotti präsidierten. Der radikale Deputierte Bovio sprach über das allgemeine Stimmrecht; er proklamierte das 19. Jahrhundert als das der Arbeiter, welche das Ideal der Demokratie hinsichtlich der Staatsform zu verwirklichen berufen seien. — Auf Befehl der italienischen Regierung wurde der aus Paris ausgewiesene Sozialist Cipriani in Rimini verhaftet.

Die französische Deputiertenkammer hat ein neues Pressegesetz angenommen, durch das zwar die Kauzionen, der Stempel, die Einschränkung der Kolportage und viele Strafbestimmungen abgeschafft werden, das aber noch weit von absoluter Pressefreiheit entfernt ist. Ausländische Zeitungen können in Frankreich nur verboten werden, wenn deren Inhalt gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßt.

Die englische Regierung hat im Unterhause ein Gesetz eingebracht, durch welches der Bizekönig von Irland ermächtigt werden soll, Personen, welche verdächtig sind, vor oder nach Annahme dieses Gesetzes sich „hochverrätherischer“ Handlungen schuldig gemacht zu haben, zu verhaften. Das Gesetz soll bis 30. September 1882 Gültigkeit haben. Die englische Regierung weiß sehr gut, daß diese Bill das Signal der gewaltsamen Erhebung sein wird und trifft bereits alle Vorbereitungen, um eine solche mit Waffengewalt niederzuschlagen; ob, wenn dies auch gelingt, damit die irische Frage gelöst ist, darüber scheinen sich die englischen Staatsmänner noch sehr unklar zu sein. Die Landbill, welche dem Notstande in Irland abhelfen soll, kennt noch Niemand, nur das Eine kann mit Sicherheit behauptet werden, daß, je grünlicher diese Bill mit den Uebelständen, die im Wesentlichen mit

den Privilegien der Landlords identisch sind, aufräumt, desto unwahrscheinlicher ihre Annahme im Parlamente ist. Aus dieser Schwierigkeit scheint es keinen Ausweg mehr zu geben. — Die Fenier haben eine Proklamazion an die Irländer erlassen, worin sie dieselben vor jeder vorzeitigen Erhebung warnen und sie ermahnen, ihre Kraft auf den günstigen Moment aufzusparen. Das Manifest, welches an den Straßen angeschlagen wurde, war unterzeichnet: Irisches Nationaldirektorium. — Unter dem Präsidium der Witt Anna Barnell hat sich eine Frauen-Landliga gebildet, welche die Aufgabe hat, die Tüchtigkeit der Landliga fortzusetzen, falls deren Führer in Folge der Zwangsbill festgenommen würden. — Die Jury in Dublin hat sich aufgelöst, nachdem sie sich über ein Verdict über die Anklage gegen Barnell und Genossen nicht einigen konnte. Bekanntlich ist in Großbritannien zu einem Schuldspruch der Geschworenen Einstimmigkeit notwendig. Barnell und Genossen sind somit als freigesprochen zu betrachten, da die Regierung jedenfalls die Anklage fallen läßt. Dagegen wurde der Gründer der Landliga, Davitt, der im Jahre 1870 zu 14jährigem Zuchthaus verurteilt worden, aber einstweilen auf freien Fuß gesetzt worden war, wenn er sich keines neuen Verbrechens schuldig mache, plötzlich in Haft genommen und verurteilt, den Rest seiner Strafe vollständig abzuhängen. Dieser Vorgang sowohl, als auch die gewaltsame Entfernung der irischen Parlamentsmitglieder aus dem Sitzungssaal, weil sie angeblich die Abstimmung über die Zwangsbill durch Hinausschieben der Debatte zu verhindern suchten, erregte große Unzufriedenheit auch unter den englischen Radikalen, welche mehrere massenhaft besuchte Meetings gegen die Regierung abhielten. — Auch in Afrika mehrten sich die Verlegenheiten der englischen Regierung, nicht nur haben die englischen Truppen am 28. Jänner bei Laingnek im Transvaal eine große Niederlage gegen die aufständischen Boers erlitten, es droht auch ein neuer Krieg mit den Afrikanern.

Das Militärtribunal in Moskau verurteilte am 26. Jänner den 22 Jahre alten Felarsky wegen nihilistischer Tätigkeit zu 15 Jahren Zwangsarbeit, beschloß in Anbetracht der Jugend des „Verbrechens“ die Umwandlung der Strafe in eine vierjährige Verbannung nach Sibirien beim Militärgouverneur auszuwirken.

Aus Parteikreisen.

Heute Donnerstag den 10. Februar beginnt der Prozeß gegen vierzehn Genossen wegen verschiedener Delikte vor dem Schwurgerichte in Wien. Derselbe dauert drei Tage und endet Samstag den 12. Februar. Angeklagt sind die Genossen: J. Steiner, wegen Hochverrats, Walecka, wegen versuchten Hochverrats und Majestätsbeleidigung, Johann Krejci und Wenzel Metuschil, wegen versuchten Hochverrats, Josef Lemke, Franz Wlog, Johann Hofstadt, Ignaz Lauffer, Karl Pfeil, Eduard Friedrich, Karl Strnad und Josef Formanel wegen Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung, Anton Treibenreif und Tomas Publener wegen versuchter Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung. — Als Ankläger fungirt Staatsanwalt Graf Lamezan, als Vorsitzender L. G. R. Derleth. — In die Verteidigung werden sich teilen die Doktoren: Glaser, Lueger, Prossinag und Wolf-Eppinger. — Es befinden sich daher noch folgende Genossen in Untersuchungshaft: Berndt, Führer, Hoße, Mühl, Slesak, Sommer und Troja.

Am 1. Februar hat über Einschreiten des Polizeikommissariats Mariahilf wegen angeblicher Uebertretung des §. 2 des Versammlungsgesetzes gegen Genossen A. Groffe als Beschuldigten die Verhandlung bei dem k. k. Bezirksgerichte in Mariahilf stattgefunden. Groffe war beschuldigt, am 6. v. M. in Binder's Gasthaus, Mollardgasse, eine Versammlung, ohne die gesetzliche Anzeige bei der Behörde zu erstatten, einberufen zu haben. Die Tatsache, daß die Privatversammlung, nach §. 2 des Versammlungsgesetzes von Groffe veranstaltet, stattfand, der amtshandelnde Kommissär aber erst nach Schluß der Sitzung die Genossen beim nach Hause gehen antraf und Niemand sich bewegen fühlte, das Einladungsschreiben vorzuweisen, gab die Veranlassung zu obiger Beschuldigung. Nachdem Groffe, welcher mit seinem Vertreter Dr. Glaser erschienen war, über Befragen des Richters, ob er sich schuldig bekenne, dem Sachverhalte nach vollkommen gesetzlich gehandelt zu haben sich rechtfertigte, auch dieses die Zeugen Marschall und Schrike bestätigten, konnte der staatsanwaltschaftliche Funktionär nicht umhin, dennoch die Verurteilung des Angeklagten mit der Begründung zu verlangen: „Der Beschuldigte sei nicht nur wegen Vergehens des §. 13 des Pressgesetzes beanstandet, sondern sei als ein längeres Mitglied der Arbeiterpartei bedenklich, mithin angenommen werden müsse, der Beschuldigte habe mit Absicht eine nicht angezeigte Versammlung, deren Vorgänge der Behörde verborgen bleiben sollen, einberufen und es könnte jede Volksversammlung nach diesem Vorgange zu einer privaten Versammlung gemacht werden, um dieselbe der behördlichen Kontrolle zu entziehen.“ — Nachdem der Verteidiger Dr. Glaser in eingehender Weise die Nichtigkeit dieser Ausführungen bewies, verurteilte der Richter, in der Begründung die Gesetzlichkeit der Handlung Groffe's als erwiesen hervorhebend, ein freisprechendes Urteil.

Dem Einspruche gegen die Konfiskazion des „österreichischen Arbeiterkalenders“ wurde keine Folge gegeben. Unter Vertreter Dr. Glaser gab sich viele Mühe die Aufhebung der Konfiskazion zu bewirken.

Die Bildung des politischen Vereines „Erster politischer niederösterreichischer Arbeiterbund“ wurde wegen „Staatsgefährlichkeit“ behördlich untersagt.

Ueber die neue Gewerbeordnung verhandelte am 30. Jänner eine slavische Volksversammlung in Wien im Saale zu den „drei Engeln“ und nahm eine Resolution an, welche aussprach, daß die Arbeiter, welche unzählige Male ihre Forderungen in Hinsicht der Gewerbeordnung aussprachen und dieselben neuerdings unberücksichtigt finden, darauf verzichten, weitere unnütze Resolutionen zu fassen. Eine am selben Tage in Prag unter dem Vorsitze Saller's und Papotocky's stattgefundene sehr zahlreich besuchte Volksversammlung beriet ebenfalls über die Gewerbeordnung und beschloß eine Resolution, in der freie Genossenschaften, Arbeiterkammern mit Wahlrecht in das Parlament, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Beseitigung der Arbeitsbücher und Beschränkung der Arbeitszeit gefordert wird. Eine ebenfalls am 30. Jänner in Lemberg stattgefundene Volksversammlung forderte das allgemeine Wahlrecht und sprach sich in Bezug auf die neue Gewerbeordnung im Sinne der allgemeinen Arbeiterforderungen aus.

Am 22. Jänner fand vor dem k. k. Kreisgerichte in Reichenberg die Verhandlung gegen die Genossen Redvile, Springer und den Tischlergehilfen Hajic wegen Vergehens gegen §. 23 und Uebertretung des §. 23 P. G. statt. — Die Angeklagten wurden der Verbreitung verbotener Druckschriften für schuldig befunden und Redvile zu 200 fl., Springer zu 100 fl. und Hajic zu 50 fl. Geldstrafe, eventuell 40, 20 und 10 Tage verurteilt.

Am 25. Jänner trat Genosse Jos. Kaufmann seine zehnwöchentliche Strafhaft an. Derselbe wurde wegen Verbreitung einer Flugchrift in Untersuchungshaft (dieselbe dauerte 92 Tage) genommen und vom Schwurgerichte zu Feldkirch zu zehn Wochen strengen Arrests verurteilt. — In Anbetracht, daß die Familie des oberwähnten Genossen (er ist verheiratet und Vater dreier Kinder, wovon das älteste 6 Jahre zählt) durch diesen Straftritt in Mitleidenchaft gezogen wird, da dieselbe ihres Ernährers durch zehn Wochen verlustig ist, stellen wir an die Parteigenossen das Ansuchen, diese Familie vor Not zu schützen.

Wien. Am 16. Jänner fand in Obermeier's Salon, Stumpergasse, eine freie Versammlung der Drechsler, Meerschmied-Pfeisenschneider und Bildhauer statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Lage der Drechsler im Allgemeinen und Gewerlichkeitsreorganisation. Waldherr als Ref-erent schildert die traurigen Zustände der Arbeiter, daß durch Einführung der Stückarbeit und Herabsetzung der Arbeitszeit auch der Lohn geschmälert wurde. Da die Arbeitszeit verkürzt, der Lohn jedoch nicht erhöht wurde, war der Arbeiter gezwungen, Stunden zu machen, um zu seinem Lohne zu kommen. Dadurch entstand eine Ueberproduktion. Je mehr übrigens gearbeitet wird, desto weniger wird gezahlt, weil der Lohn nur immer so hoch gestellt wird, damit der Arbeiter sein Leben notdürftig fortfristen kann. Es ist kaum glaublich, daß bei einem Kunstgewerbe wie das unsere ein Arbeiter mit 5—6 fl. wöchentlich entlohnt wird. Und an diesen traurigen Verhältnissen sind meistens die Arbeiter durch ihre stete Uneinigheit selbst schuld. Würden dieselben durch Vereinigung, durch festes Zusammenhalten ihre Forderung einstimmig vorbringen, so müßten ihnen dieselben gewährt werden. Soll die Lohnfrage — unsere Lebensfrage — geregelt werden, ist unbedingt Reorganisation notwendig. Redner erwähnt der Petitionen der Lehrer, welche mit einem Jahreseinkommen von 900 fl. nicht auskommen, wie soll dann ein Arbeiter mit 400 fl. leben können? Großes Elend herrscht unter den Arbeitern, man sieht es oft an dem krankhaften Aussehen derselben, da ihnen häufig das zum Leben Notwendige mangelt. Und dennoch erdreiste sich jüngst ein Gemeinderat zu sagen: „Es gibt in Wien kein Elend!“ Dieser Herr muß noch nicht weit über die Ringstraße hinaus gekommen sein. Auf der Straße ist das Elend nicht so bemerkbar, aber in den Hütten der Armut ist es zu finden. — Auf die amerikanischen Verhältnisse überggehend, bringt Redner die bereits bekannte Zuschrift von Fachkollegen zur Verlesung und warnt, sich nicht durch Vorspiegelungen des Agenten des Fabrikanten Kalenberg, welcher schon auf der Reise nach Wien ist, betören und für die Fabrik des genannten Herrn in New-York anwerben zu lassen. Nicht nur das eigene Interesse, sondern auch das der dortigen Kollegen wäre dadurch gefährdet.

In demselben Sinne spricht sich Schulz aus. Weitergehend mahnt er eindringlich auf Vereinigung; bespricht die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiter-Invalidenkassen, damit ein Arbeiter, wenn er alt und gebrechlich ist, nicht verhungern muß, obwohl es Pflicht des Staates ist, die Invaliden zu versorgen. Während für Andere gesorgt ist, muß der Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig wird, den Bettelstich nehmen und von Haus zu Haus gehen. — Kollegen! Ermahnt Euch also, zeugt, daß Ihr Eure Interessen zu vertreten im Stande seid. (Lebhafte Beifall).

Aus diesem Anlasse wurde auch der Antrag Raimann's mit Beifall angenommen, welcher lautet: „Es mögen sich sämtliche Drechsler, Pfeisenschneider und Bildhauer zu einer Korporazion vereinigen und das Werk der Reorganisation mit Einnigkeit beginnen.“

Nachdem noch Vorsitzender Waldherr an die Anwesenden den Wunsch äußerte, es möge jeder Einzelne in seinen Kreisen dahin wirken, um eine Vereinigung zum Zwecke einer Reorganisation des Arbeiterwesens zu Stande zu bringen, wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Wir heute den 16. Jänner 1881 in Obermeier's Lokale versammelten Drechsler, Pfeisenschneider und Bildhauer nehmen das an uns gerichtete Schreiben unserer Kollegen aus New-York, worin uns über den Umstand, daß der dortige Fabrikant Kalenberg

Pfeisenschneider in Wien aufzunehmen beabsichtigt, sowie über die Verhältnisse und Lebensweise der Drechsler New-York's Mitteilung gemacht wird, mit folgender Erklärung zur Kenntnis:

„In Ermägung, daß das Motiv der beabsichtigten Arbeiteraufnahme nicht in dem Mangel an Arbeitern in New-York, sondern in dem Bestreben liegt, dort möglichst viel Arbeitskräfte anzuhäufeln, um sohin durch die eintretende Konkurrenz der Arbeiter die Arbeitslöhne bedeutend zu reduzieren zu können;

in Ermägung ferner, daß diejenigen Arbeiter, welche sich zum Eintritte in die Fabrik des Herrn Kalenberg bereit erklären und schon hier in vollstündiger Unkenntnis der Lebensverhältnisse New-York's die Arbeitspreise feststellen und sich die Möglichkeit einer eventuellen Rückreise auf Kosten des genannten Arbeitsgebers mittelst eines auch in Amerika rechtsgiltigen Vertrages nicht sichern würden, der Gefahr ausgesetzt sind, von ihrer Heimat abgeschnitten, nicht nur in die größte Not zu verfallen, sondern die Klage der dort schon beschäftigten Kollegen durch Konkurrenz bedeutend zu verschlimmern;

in Ermägung endlich, daß wir uns mit den Drechslern und Pfeisenschneidern New-York's als den aus unserer Mitte hervorgegangenen Kollegen in moralischer und fisischer Beziehung solidarisch verbunden fühlen und an deren Verhältnissen den unglücklichen Anteil nehmen und außerdem die minderen Arbeitslöhne in Amerika auch von einem ungünstigen Einflusse auf hiesige Produktion begleitet werden dürften, —

erklären wir uns für verpflichtet, dafür einzustehen, daß den Kollegen in New-York durch Zustuß von Wiener Arbeitern keine für deren Existenz gefährdende Konkurrenz erwächst und erklären ferner, dafür Sorge zu tragen, daß, wenn sich trotzdem Arbeiter bereit erklären, in die Fabrik des Herrn Kalenberg einzutreten, dieselben diesen Eintritt von der Bedingung abhängig machen, daß der betreffende Fabrikant oder dessen Bevollmächtigter mittelst eines rechtsgiltigen, in Amerika vollstreckbaren, von dem hiesigen amerikanischen Konsul zu bestätigenden Vertrages verpflichtet, die vorgestreckten Reisekosten dem aufgenommenen Arbeiter erst nach Ablauf eines Jahres vom Tage des Arbeitsantrittes gerechnet, in kleinen (festzustellenden) Beträge in Abziehung zu bringen, die Feststellung der Arbeitspreise von den dortigen Arbeitern zu machen, denselben das ganze Jahr zu beschäftigen und falls dem Arbeiter die dortigen Verhältnisse nicht konvenieren, denselben die Mittel zu seiner Rückreise auszufolgen.

Johnsdorf. Man wird nicht leicht irgendwo so viele krüppelhafte Menschen sehen, als in unserem Orte, denn die anstrengende Arbeit in den Steinkolengruben rafft die stärksten Männer dahin. Wie angezeigt ein Haftpflichtgesetz wäre, damit die bei ihrem Berufe verunglückten Personen nicht auch noch außer ihrer Krüppelhaftigkeit verhungern müssen, beweist folgender Unglücksfall: Am 31. Jänner wurden zehn Arbeiter aus dem Josefs-Schachte getragen, da die von der Gas entzündete Luft ihren Oberkörper total verbrannte, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein Parteigenosse.

Reichenberg. Werte Genossen! Ich sehe mich in Folge des in vorlehter Nummer der „Zukunft“ enthaltenen Berichtes von „Aussig“ veranlaßt, etwas von mir hören zu lassen. Als ich in Reichenberg in Arbeit getreten war, besuchte mich den zweiten Tag meiner Anmeldeung der hiesige Schandarmen-Wachmeister ohne einen triftigen Grund; er wollte mich aber nur persönlich kennen lernen, (denn es müßten furchtbare Dinge bezüglich meiner mir nachgesendet worden sein) und mich vor seinem „Boltwollen“ zu überzeugen. Einige Tage später, am 29. Dezember 1880, wiederholte er in Begleitung des hiesigen Polizeikommissärs seinen Besuch, um bei mir eine gründliche Hausdurchsuchung vorzunehmen, ohne etwas Belangreiches zu finden. Gesucht wurde die „Londoner Freiheit“, als ob, wenn ich im Besitze solcher bin oder wäre, ich dieselbe den „Herrn“ auf die Nase hängen würde: Wie schon bemerkt, gefunden wurde wieder nichts!! Bemerkenswert ist, daß mir bis heute, wo ich diesen Brief schreibe, trotz meines Verlangens weder ein Hausdurchsuchungsbefehl, noch eine diesbezügliche Bescheinigung gegeben wurde, somit mein Hausrecht gröblich verletzt wurde, denn in diesem Falle spricht das Gesetz klar! Und warum geschieht das? um mich zu provozieren, damit ich mich gegen solches Vorgehen sträube und den „Bolzleichen“ von „Recht und Gesetz“ die Gelegenheit geboten wird, mich hinter Schloß und Riegel zu bringen; doch zur eigentlichen Sache. Als ich nach 14 Tagen bei dem k. k. Kreisgerichte, k. k. Staatsanwaltschaft, k. k. Bezirksgericht und Magistrat hierorts nachfragte, wollte nirgends und Niemand von derselben Hausdurchsuchung etwas wissen. Schlußfolgerung ist also, daß diese beiden Herren (um sich eine Auszeichnung zu verdienen) die „Feldentat“ auf eigene Faust ausführten. Ich sehe mich noch veranlaßt, eine kleine Raubergeichichte zu erzählen. Ich war nämlich vom 10. Dezember 1880 bis 9. Jänner 1881 hierorts in Arbeit, ohne nur auf einen halben Tag Reichenberg zu verlassen; jedoch am 21. Dezember v. J. wurden einige Briefe mit dem Flugblatt „Das Recht auf Revolution“ in Aussig aufgegeben und sollte ich mich am 14. d. M. wegen dieselben hieramts verantworten; ist es möglich, daß ein Mensch, welcher in Reichenberg domicilirt, ohne diesen Ort nur eine Stunde zu verlassen, in Aussig Briefe aufgeben kann? Uebrigens kann ich nicht veräumen, den hiesigen Behörden und deren Organe für die Aufmerksamkeit, welche sie mir widmeten, meinen besten Dank auszusprechen. Eduard C. Ker.

Salzburg. Sonntag den 25. Jänner. Nachmittags 3 Uhr. fand hier die konstituierende Versammlung des Vereines für Schuhmacher statt: Einberufen „Winter“ leitete dieselbe bis zur Wahl des Ausschusses, welche folgendes Resultat ergab: Als Obmann wurde Franz Köstler, dessen Stellvertreter Johann Karl. 1. Schriftführer Josef Gattinger, dessen Stellvertreter Franz Bichler. Kassier Paul Streifenberger, Rechnungsführer Johann Bayel; ferner Bauer, Dressler, Schragradl, Reichhold, Heißer und Kuscha als Ausschüsse gewählt. Nach mehreren Anträgen wurde auch der, daß die Kranken- und Reiseunterstützung erst nach Ablauf von 3 Monaten verabfolgt wird, gestellt und angenommen. Josef Gattinger, 1. Schriftführer.

Ausweise. Nr. 88.

Für die Familien unserer verstorbenen Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Silvesterfeier bei Frühlings 1.32, Kapital 40, N. R. 57, Kreutz 6, Polanka 10, Chalupa 20, Zsolomung 10, Nomenty 10, Binder 10, Stastinger und Hernaliser Telegraphen 1.11, J. B. 20, R. T. 40, Wochentlich 4 10 T—b 1.—, Einen Kreuzer kann man leicht entbehren, viele können Einen ernähren, und der heute nicht die Wahrheit spricht der ist auch kein Sozialist 4.09, Gesellschaft Wunnu beim Grusche 72, Bröder auf, Bergeset nicht, denn ein wahrer Freund der Wahrheit ist, nur ein Sozialist 80, Tischlerwerkstätte des H. A. Schmidt 2.47, Möbelfabrik von Bernh. Ludwiga 2.62, durch Nagel 50, Genossen Batel 2.30, Maßchel 10, Benafsch 10, Tischlergesellschaft in Metz Gasthaus 82, von den Härdern Wiens 2.80, die Notizen am Neubau 4.42, C. Salzburg 40, J. T. 30, R. J. 2.50, durch Fleischer 60, die Notizen in Neumarkt 2.70, von den Mühlsteinen 1.60, für Recht und Freiheit 75, der rote Maulwurf durch Fr. K. 30, Hochlinger 11, Semann 20, Arbeiter der Fabrik Nies und Böhm 2.50, Werkstätte des Heinrich Wochem, VIII. 84, die Ausgewählten am 2. Februar in der Leopoldstadt 1.20, wir verlassen unsere Avantgarde nicht! 2.—, Arbeiter bei Krafka 1.—, Märzschlächter Genossen 1.15, Wilhelm und Josef Reiter je 10 20, Prinz in Leobersdorf 20, D. J. 20, Vorstellamaler 40, Karber Wiens 3.15, Die Tochter Hamul, Fabrik Vohn 15, Cec 10, für Ludlemer 85, Hintermüller 10, Oberlachner 10, N. R. 11, Chünser 5, V. Sch. 1.—, C. F. 60, R. R. 30, R. M. 10, Steinmetzgehilfen vom Burgplatz 3.85, aufgelöstes Comité 4.10, Zeitschrift 40, Bodemann 40, Fabrik Schmiedmeier 45, N. 20, von der ersten Oster. Für- und Fein- und Fein-Fabrikgesellschaft in Wien, deren Arbeiter Pöfel und Comp. 60, Guth 80, Netzer 60, Wegner 30, Daniel 50, Talaschel 20, Krubi 40, Menzel 90, Post 40, Knapp 40, Scharrer 30, Thallhamer 30, Naber 20, Nagel 30, Keimisch 40, Kubowitzky 20, Wranza 1.10, Riemer 20, Huga 60, R. R. 10, einen Kreuzer kann man leicht entbehren, viele können einen Ernähren 3.30, Schweifern Hampel, Fabrik Vohn 15, Silberstein 15, eine Gesellschaft für Menschenrechte 3.—, die roten Zwillinge 20, Fantahe 50, die Notizen am Neubau 4.36, die roten Zwillinge 20, Genossen in Brunnau 3.20, Spinifabrik in Simmering 2.26, die Notizen in Mariabühl 1.04, die Notizen am Maximilian 3.—, Ludwig Schmidt's Tischlerwerkstätte 2.15, wir verlassen unsere Avantgarde nicht! 1.—, Tischlergesellschaft Teesdorf 1.10, die rote Politur 32, Arbeiter der Fabrik Arnold 50, Arbeiter bei Krafka 1.—, N. 14 60, Moriz, Lad und Rud. Sommer 60, Laidacher Genossen 2.30, Josef Frid St. Gggdi 20, F. Kadel, Schattau 1.50, August Greiner, IX. 60, durch Fr. Schlessner 1.—, G. Schaller 40, Genossen Floridsdorf 1.21, Genossen Floridsdorf 1.30, Zappelhuber aus Penzing 50, Nowak 40, Schenk 50, Friedl 24, Greiner 20, Kadel, Hirschlitten 60. Summe 111 fl. 50 kr

Wie vorstehender Ausweis zeigt, flossen in den letzten Tagen die Gaben für die Familien unserer im Kerker befindlichen Genossen reichlicher als in den vorhergegangenen Wochen.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun! Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redaktion: Wegen Raumangel mußten viele Berichte für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Alle weiteren Anfragen beantworten wir in nächster Nummer.

Administration: Gebrüder Guttmann, hier, Franz Köstler, Fr. Kreuziger, Obergrafendorf: Ihre Blätter kommen retour. — Fr. Leicko, Hernalz: Ihr Abonnement reicht bis 1. Juli 1881. — Fr. Staar, Salzburg: Uns ist von einem Schreiben nichts bekannt. — Fr. Kulatsch, Gattinot, Pottendorf: Wir wissen keine Adresse einer Nachzahlung für Wirte oder Weinhandler anzugeben. — F. Zeller, Siebenbrunn: Betrag erhalten. — Florian Heinrich, Passendorf: Ihr Blatt kommt retour.

Ankündigungen.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, ist die **zweite Ausgabe des österreichischen**

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzuzahlen.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preussischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Troben.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleich Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird verabfolgt: Leoben, Domnikanergasse 114, Barterre. [35]

Verein der Tischler in Graz.

Die Vereinsleitung gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal und dessen Arbeitsvermittlung im Gasthause „zum Königstiger“, Mariabühlstraße befindet und daß dort eine Unterstützung an durchreisende Nachgenossen verabfolgt wird.

Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Altharzdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reiseunterstützung verabfolgt werden. — Die Reiseunterstützung wird bei **Josef Dübner** in Altharzdorf ausbezahlt. Der Ausschuss.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Freischulsonntag, den 27. Februar, im Saale „zur schönen Schärferin“, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 101, **Tanzkränzchen.**

Masken willkommen. — Frühhergelöste Karten 25 kr., an der Kasse 30 kr.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.

Montag. Tanzunterricht von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends, Bibliothek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.

Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für vorgeschrittene von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.

Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von $\frac{1}{2}$ 8 bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kaierngasse 11. Ausschussführung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.

Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10, Bibliothek von 8 bis 9 Uhr abends.

Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für vorgeschrittene von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends.

Samstag. Französischer Unterricht von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 9 Uhr, Statistik von $\frac{1}{2}$ 9— $\frac{1}{2}$ 10, Bibliothek von 8—9 Uhr.

Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Am 13. März in Schwender's Colosseum

Arbeiterball

Karten sind in allen Vereinen zu haben. — Näheres folgt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Anfangs März hält die Piedertafel des Vereines ihre erste Gründungs-Piedertafel ab. — Datum und Ort wird später bekanntgegeben.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann“. Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Lesezimmer: 3. Bezirk, Martergasse, „Soffenjaal“. 2. Bezirk, gr. Pfarrg. Gasth. „3 schwarzen Elefanten“. 10. Bez., Humbergstraße, Grund's Saallokalitäten. Hünfshaus, Sechshauerstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhause“. Hernalz, Kirchengasse 49 Vereinsabend jeden Samstag von 8— $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Schuhmacher-Gewerkchaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkchaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Zugschneideunterricht. — Samstag von $\frac{1}{2}$ 8— $\frac{1}{2}$ 10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sonntägliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

Sonntag den 26. Februar, im Dianasaal, Gaudenzdorf, Jakobstraße 47,

Ball

des Krankenunterstützungs- und Fortbildungsvereines der Färber Wiens. — Frühhergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Legidiggasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von $\frac{1}{2}$ 8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkchaftsverein der Hürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 53, täglich statt.

Gewerkchaftsverein der Stalarbeiter und Arbeiterinnen.

Die Ausschüttungen finden jeden Dienstag, um 8 Uhr abends, in der Zentrale in Bod's Gasthaus statt. — Einschreibungen finden jeden Samstag statt: In der Zentrale: Neufünfshaus, Michaelergasse 9, in Bod's Gasthaus, im Lesezimmer: Sechshaus, Harnas' Gasthaus „zum weißen Adler“, Sechshauer Hauptstraße und in Doubal's Gasthaus, Sechshaus, Wehrergasse, in Weidling, Milsbachgasse, in Schlemmin's Gasthaus.

Der Elementarunterricht, geleitet von Herrn Rogner und Herrn Dvorakel, wird von nun an im Lesezimmer in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, Wehrergasse, fortgeführt.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Musikinstru-mentenmacher Wiens.

Sonntag den 13. Februar, 2 Uhr nachmittags, im Gasthause „zur Kettenbrücke“, im 6. Bezirke, ganzjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interventionen.

Allgemeiner Arbeiterverein in Mähr.-Schönberg.

Sonntag, den 27. Februar, im Saale der bürgerlichen Schichtstätte,

4. Gründungsfest,

wozu wir die Genossen von Nah und Fern ergebnis einladen. Anfang 7 Uhr. — Eintritt per Person 40 kr.

Ordnungsänderung. Das Vereinslokale des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wiens befindet sich gegenwärtig in Leop. Benninger's Gasthaus, 1. Bez., Bellariastraße 4.

Arbeiter-Sängerbund in Wien.

Sonntag den 20. Februar, in Obermeier's Saallokalitäten, 4. Bez., Ecke der Stumper- und Piniengasse,

Kostümkränzchen.

Anfang 7 Uhr. — Frühhergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. — Karten sind zu haben im Vereinslokale, in J. Schlicht's Gasthaus, 6. Bez., Stumpergasse 59 und in Blach's Gasthaus, 7. Bez., Ecke der Ziegler- und Dreilaufergasse.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Das Vereinslokale befindet sich seit 1. Februar in Beraned's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße.

Sonntag den 13. Februar, $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags, in Beraned's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. — Mitglieder, erscheint zahlreich!

Samstag den 26. Februar, in Ender's Restauration, „zur Lokomotivfabrik“, Groß-Zedlersdorf, Brünnerstraße,

Tanzkränzchen.

Anfang $\frac{1}{2}$ 8 Uhr. — Frühhergelöste Karten 35, an der Kasse 50 kr. — Karten sind zu haben im Vereinslokale, Beraned's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße, in Ender's Restauration und in Tröskl's Gasthaus, Groß-Zedlersdorf.

Montag den 14. Februar, 6 Uhr abends, in Fünfhäus, Turnergasse, Gasthaus „zum goldenen Engel“,

freie Weberversammlung.

Tagesordnung: 1. Genossenschaftsangelegenheiten. 2. Die Lage der Weber.

Allgemeine Arbeiter-Branche- und Zuvaldbrasse in Brünn.

Sonntag den 27. Februar, 2 Uhr nachmittags, in der Kommunal-Mädchenschule in Brünn, Jakobsplatz 11, ordentliche Generalversammlung. — In die Tagesordnung eine wichtige ist und zur Beschlußfähigkeit ein Viertel der ordentlichen Mitglieder erforderlich sind, so werden dieselben in ihrem eigenen Interesse erlucht, zahlreich zu erscheinen.

Der **Allgemeine Arbeiterverein für Salzburg und Umgebung** gibt bekannt, daß sich das Vereinslokale seit 9. Jänner d. J. in Dubitsky's Gasthaus, befindet.

Der **Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein in Freiwaldau** gibt hiemit bekannt, daß an durchreisende Genossen, welche einem ähnlichen Verein seit mindestens drei Monate angehören und mit nicht mehr als drei Monatsbeiträgen im Rückstande sind, 20 kr. Unterstützung verabfolgt werden. Selbe werden beim Kassier in Freiwaldau, Grafenbergstraße 111, ausgezahlt.

Dankagung.

Den Gefühlen der Dankbarkeit folgend, sprechen hiemit die Gefertigten öffentlich **Er. Wolgeborenen Herrn Dr. Sigmund Wolf-Eppinger**, Hof- und Gerichts-Advocat in Wien, für seine so ausgezeichnete, wie warmfühlende Verteidigung beim Reichsgerichte (die bekanntlich zu unseren Gunsten ausfiel) den tiefgefühlten Dank und die Versicherung aus, daß wir uns demselben für seine unentgeltliche Aufopferung zur größten Hochachtung für alle Zukunft verpflichten.

Joseph Perz. Fr. Loy.

Unseren Genossen **Josef Pachmann**, **Joh. Harwath** und **Franz Hapl** bringen wir zu ihrer am 28. Februar d. J. stattfindenden Vermählung ein **herzliches Hoch** aus. Die Böslauer Genossen.

Zur Beachtung.

Seit längerer Zeit werden in Wiener Arbeiterkreisen Gerüchte ausgestreut, die meine Person kompromittiren. Im Interesse der Partei, sowie in Verwahrung meiner und meiner Familie Ehre, fordere ich alle Jene, die gegen meine Person solche Gerüchte kolportiren, auf, binnen vierzehn Tage an kompetenter Stelle Beweise zu erbringen, widrigenfalls ich mich genötigt sehe, einen Fehden, der meinen Charakter durch solche Nachrichten angegreift, öffentlich als einen der niedrigsten Diebe, der die Ehre stiehlt, zu erklären.

Vinzenz Bich.

Ein Bett ist an einen Parteigenossen sogleich zu vermieten. — 6. Bezirk, Mollardgasse 23, 3. Stock, Tür 12.

Im Verlage von **Karl Hanslitjek**, Pressburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

Die nächste Nummer erscheint am **24. Februar.**

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft“:

Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Grosse**, **Josef Habes**, **Franz Moh.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Hybes.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.